

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Netzwerkgruppe Stuttgart, April 2008

Tarifrunde Öffentlicher Dienst

Stellungnahme zu Tarifabschluß und Mitgliederbefragung

Mit der Bekanntgabe des Ergebnisses der Mitgliederbefragung und der Beschlussfassung der Bundestarifkommission (BTK) am 18. April setzt ver.di einen Schlusspunkt unter die Tarifrunde 2008 bei Bund und Kommunen.

Die Zustimmung von 76,5% Prozent zur Tarifeinigung wird von Frank Bsirske „insgesamt als Erfolg“ gewertet. An der Mitgliederbefragung hat sich eine Minderheit von 189.000 Mitgliedern beteiligt. Bei der letzten vergleichbaren Urabstimmung im Jahr 2000 waren (damals mit Landesbeschäftigten) 650.000 Mitglieder abstimmungsberechtigt.

In der Stellungnahme des ver.di-

Bundesvorstands wird nicht näher darauf eingegangen, dass es in manchen Betrieben und Belegschaften enormen Unmut gibt. Lediglich „die Erhöhung der Arbeitszeit“ sei „auf Kritik gestoßen“. Somit wird über Berichte, z.B. aus Verkehrsbetrieben hinweg gegangen, dass als Reaktion auf die Tarifeinigung Mitglieder ausgetreten sind und weitere angekündigt haben auszutreten. Sollte in diesem kampfstarken Bereich auf den Tarifabschluss eine Austrittswelle folgen, wäre die Kampfkraft im öffentlichen Dienst insgesamt geschwächt. Die letzte Austrittswelle im Nahverkehrsgebiet folgte der Einführung des Spartentarifvertrags TV-N und der Anwendungsvereinbarungen hierzu.

Viele Mitglieder sind der Empfehlung der Tarifkommission gefolgt und haben für Annahme gestimmt, weil sie positiv überrascht davon waren, dass die Arbeitgeber bereits aufgrund von zwei großen Warnstreikwellen in Verhandlungen von ihrer ursprünglichen harten Linie zurückgewichen sind und in erster Linie beim Lohn Zugeständnisse gemacht haben.

Aus dem Ergebnis der Mitgliederbefragung kann nicht geschlossen werden, dass die Mitglieder nicht bereit wären zu streiken. Selten zuvor haben sich die Belegschaften so gut auf Streik eingestellt, waren Nichtmitglieder bereit mitzustreiken. Frank Bsirske hat bei einer Streik-

kundgebung in Stuttgart am 6. März davon gesprochen, dass er „noch nie in den letzten 35 Jahren soviel Unmut, soviel Wut und Entschlossenheit in den Betrieben“ erlebt hat. Ver.di-Vorstand und BTK-Mitglieder hätten erklären können, dass die Arbeitgeber Angst vor einem Streik haben. Sie hätten erklären können, dass mit einem Streik die Arbeitszeitverlängerung hätte verhindert werden können und beim Lohn viel mehr drin gewesen wäre.

Das Argument, es wäre nicht zu vermitteln, bei diesem Arbeitgeberangebot zu einem Streik aufzurufen, können wir nicht nachvollziehen. Unsere Forderungen lagen weit über dem Verhandlungsergebnis.



Und wir wollten jede Arbeitszeitverlängerung verhindern. In ähnlichen Situationen in der Vergangenheit gab es eine Mehrheit für Streik. So forderte in der Tarifrunde 2000 die ÖTV 5%. Der Schlichterspruch, den Arbeitgeber und die ÖTV-Verhandlungskommission annahm, lag bei 5% für zwei Jahre. Die Große Tarifkommission lehnte dies ab und 76% stimmten in der Urabstimmung für Streik.

Ver.di hat die vorhandene Streikbereitschaft und das Zurückweichen der Arbeitgeber nicht für einen Streik zur Durchsetzung unserer Forderungen genutzt. Die Befürworter des Verhandlungsergebnisses haben die Tarifeinigung schöner geredet als sie ist. Die Schattenseiten wurden verheimlicht bzw. verschleiert.

Ein Argument der Befürworter der Tarifeinigung ist, dass für die im öffentlichen Beschäftigten der Anschluss an die Abschlüsse der Industriegewerkschaften gelungen sei. Dies stimmt nicht. Die Abkoppelung von den Industriebeschäftigten besteht weiter. Die Nullrunden der letzten 3 Jahre werden nicht aufgeholt. Durch die Absenkungen des TVöD wurde das Lohnniveau im öffentlichen Dienst 2005 um 15% abgesenkt. Zurecht erklärt ein Kollege im ver.di-blog, dass es auf der Grundlage des BAT ein guter Abschluss wäre, aber nicht auf der Grundlage des TVöD und er als Bauingenieur weniger verdient als ein Bauarbeiter der Privatwirtschaft.

Eine ledige Erzieherin in der Eingangsgroupierung hat im Jahr 2008 brutto 6 Euro mehr als 2004 und in der Endstufe über 400 Euro weniger als nach BAT. Für Verheiratete, die nach dem 1.10.2005 eingestellt wurden und Beschäftigte, die nach dem 31.12.2005 Kinder bekommen haben oder noch bekommen, bleiben die Löhne Hunderte von Euro unter dem BAT-Niveau von 2004.

Befürworter der Tarifeinigung argumentieren, dass in der Tarifrunde 2008 nicht alle Verschlechterungen des TVöD rückgängig gemacht werden konnten. Wir fragen: wenn nicht in dieser Tarifrunde, wann dann sollen die massiven Absenkungen der letzten Jahre zumindest teilweise

wieder rückgängig gemacht werden?

Die Lohnerhöhung von 8% bezieht sich auf zwei Jahre. Dem muss die offizielle Inflationsrate in dieser Zeit von wahrscheinlich über 6% gegenübergestellt werden. Insofern trifft die Bewertung der ver.di-Landesbezirksleiterin Baden-Württemberg Leni Breymaier zu, dass mit der Tarifeinigung der Reallohnabbau gestoppt wird. Hinzu kommt aber, dass die für uns entscheidenden Preiserhöhungen bei Energie, Nahrungsmitteln, Fahrpreise, Miete weit über der offiziellen Preissteigerung liegen. Insofern wird der Reallohnabbau mit diesem Ergebnis weitergehen, die Reallohnverluste der letzten Jahre und die Schere zur Industrie bleiben. Der ersten positiven Überraschung auf die Prozentergebnisse folgte bei vielen Beschäftigten die Ernüchterung, als sie sich die absoluten Zahlen der Tabelle angesehen und mit ihren Preissteigerungen verglichen haben. Das Ergebnis bedeutet im Kern: alles wird teurer, wir bleiben billig.

Die Alternative zur Annahme in der Mitgliederbefragung lautete „Ich bin bereit, für ein besseres Ergebnis zu streiken“. Sie hätte lauten müssen: „Ich bin bereit gegen Arbeitszeitverlängerung und für die volle Durchsetzung unserer Forderungen zu streiken“. Die Formulierung „für ein besseres Ergebnis“ wurde von vielen so verstanden, dass die Bundestarifkommission meint, mit Streik sei auch nicht arg viel mehr zu erreichen. Daraus zogen viele die Schlussfolgerung: wenn dem so ist, dann besser nicht streiken und diesen Abschluss annehmen.

Das Hauptargument gegen das Potsdamer Verhandlungsergebnis ist, dass ver.di mit der Annahme ohne Kampf eine weitere Arbeitszeitverlängerung zulässt. Das erste Opfer dieser Arbeitszeitverlängerung ist die „verbindliche Übernahme aller Azubis“. Die Arbeitszeitverlängerung wird im direkten und indirekten öffentlichen Dienst Zehntausende von Arbeitsplätzen kosten und den Arbeitsstress weiter erhöhen. Das ist



nicht akzeptabel. Hinzu kommt, dass eine Arbeitszeitverlängerung auch eine Lohnkürzung ist. Während bei Kundgebungsreden immer wieder auf diesen Punkt hingewiesen wurde, wird er in den Stellungnahmen und Flugblättern zum Abschluss verschwiegen. Es bleibt aber dabei: ein halbe Stunde Arbeitszeitverlängerung ist eine Lohnkürzung von 1,3%. Wir erinnern daran, dass wir die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 38,5 Stunden in den Jahren 1989 und 1990 mit Lohnverzicht bezahlt haben. Die unbezahlte Verlängerung der Arbeitszeit ist deshalb gelinde gesagt ein grandioser Selbstbetrug.

Ein Sonderopfer für die Krankenhausbeschäftigten sollte es nicht geben. Vier Tage vor der Tarifeinigung wurde dies noch mal in einer Stellungnahme des Tarifsekretariats zum Schlichterspruch ausdrücklich betont: „Die Politik muss die Finanzierung der Krankenhäuser sicherstellen und nicht die Beschäftigten dafür bluten lassen“. Im Gegensatz dazu bedeutet der Abschluss ein Sonderopfer für die Krankenhäuser, das von ver.di selbst vorgeschlagen wurde. TS berichtet 12/08: „Aufgrund der besonderen finanziellen Situation im Bereich der Krankenhäuser wurden für die Beschäftigten in Krankenhäusern besondere Regelungen vereinbart.“ Im Massenflugblatt „extra 06/08“ mit der Überschrift „Abkoppelung verhindert“ wird dies verschwiegen. Unsere Berechnungen haben ergeben, dass ein Krankenhausbeschäftigter in Baden-Württemberg bei einem Bruttolohn von 1.500 Euro ca. 300 Euro weniger Verdienstzuwachs im Jahr 2008 hat. Bei einem Bruttogehalt von 3.000 Euro beträgt das Sonderopfer ca. 588 Euro. Für Krankenhausbeschäftigte außerhalb von Baden-Württemberg wird dieses Sonderopfer durch die Streichung von 1% Leistungszulage und 10 Euro Abzug von der Krankenzulage noch größer. Unser erklärtes Ziel war es, mit einer kräftigen Lohnerhöhung den Budgetdeckel zu sprengen und die Politiker dazu zu zwingen „Mehr Geld für die Krankenhäuser und für uns“ zur Verfügung zu stellen. Mit dem Tarifergebnis haben wir vor der politisch bewusst herbeigeführten Unterfinanzierung der Krankenhäuser

ser kapituliert. Da die Budgetdeckel in 2008 trotzdem nicht ausreichen, um die bescheidenen Lohnerhöhungen für die Krankenhausbeschäftigten sowie die Gehaltserhöhungen für die Ärzte zu finanzieren, droht den Krankenhausbeschäftigten weiterer Stellenabbau sowie die Erpressung mit dem Tarifvertrag „Zukunftssicherung Krankenhäuser“.

Das Überleitungsrecht bei Aufstiegen wurde zwar für die Alt-Beschäftigten verlängert, nicht aber für diejenigen, die nach dem 1.10.2005 neu eingestellt wurden. Sie bleiben in ihrer Entgeltgruppe hängen und bekommen keine Bewährungs-, Fallgruppenaufstiege und Vergütungsgruppenzulagen. Es geht über die Jahre um 300 bis 400 Euro Gehaltsverlust pro Monat. Diese per Tarifvertrag zementierte Benachteiligung und Spaltung zwischen Neu- und Altbeschäftigten schafft Fakten für die neue Entgeltordnung und verschlechtert hierbei unsere Ausgangslage für die anstehenden Verhandlungen massiv.

Bei den so genannten Restanten aus der Überleitung vom BAT zum TVöD werden die Punkte umgesetzt, über die es im Oktober 2006 eine Einigung gab. Bei fast 20 von 47 Punkten gibt es bisher keine Einigung. Sollte weiterhin keine Einigung erzielt werden, fallen diese Punkte unter den Tisch oder müssen eingeklagt werden. Dazu gehört z.B. der Anspruch auf volle Wechsel-schicht- und Schichtzulagen für Teilzeitbeschäftigte.

Stellenwechsler werden weiter auf Berufsanfängerniveau herabgestuft. Neu ist, dass der Arbeitgeber die „erworbene Entgeltgruppe und -stufe ganz oder teilweise berücksichtigen“ kann. Mit dieser Tarifvereinbarung anerkennt ver.di das Arbeitgeberinteresse nach besserer Bezahlung bestimmter Einzustellender angesichts einer für abhängig Beschäftigte günstigeren Arbeitsmarktlage, statt diese für eine Durchsetzung einer verbesserten Regelung für alle zu nutzen. Die Kann-Regelung öffnet der Arbeitgeberwillkür bei der Bezahlung Tür und Tor, sofern diese

nicht von Betriebs- und Personalräten verhindert wird. Dringend nötig ist die volle Anerkennung der bisherigen Eingruppierung ohne Abstriche für Stellenwechsler.

Fortsetzung Ost-West-Spaltung: 19 Jahre nach der Wiedervereinigung werden die Ost-Beschäftigten erneut schlechter behandelt. Die Beschäftigten in den Kommunen haben eine 40-Stunden-Woche. Die vereinbarte Lohnerhöhung tritt für sie erst drei Monate später in Kraft.

Statt ein Jahr Laufzeit wurden zwei Jahre vereinbart. Von allen ver.di-Gliederungen bis hin zur Bundestarifkommission wurde eine Laufzeitbeschränkung von einem Jahr gefordert. Durch die Laufzeit von zwei Jahren sind die Landesbeschäftigten 2009 isoliert und in einer schwachen Position. Die Bundestagswahl im nächsten Jahr kann nicht genutzt werden für einen offensiven Tarifikampf. Obwohl die Lebenshaltungskosten unserem Lohn davon laufen, sind uns die Hände gebunden.

All diese Punkte sprechen gegen diesen Tarifabschluss. Es gab ausreichend handfeste Gründe für einen bundesweiten Vollstreik zur Durchsetzung unserer Forderungen:

1. Die GDL hat mit ihrem 62-Stunden-Vollstreik und der Androhung eines unbefristeten Erzwingungsstreiks 11% mehr Lohn und eine Stunde weniger Arbeitszeit erreicht. Diesem Beispiel sollten wir folgen. Es war die Drohung eines Streiks, die Schäuble, Böhle und Murawski gezwungen haben auf den Schlichterspruch noch was draufzulegen. Ihr Zurückweichen sollte uns ermutigen zu streiken anstatt einen faulen Kompromiss abzuschließen.
2. 2,6 Millionen Beschäftigten bei Bund und Kommunen haben mehr Kampfkraft als die Lokführer. Ein Tag Lokführerstreik hat die Wirtschaft 50 Millionen Euro gekostet. Allein der 24-Stunden Warnstreik am Frankfurter Flughafen beim Streik 1992 hat einen Verlust von 40 Millionen DM Verlust gebracht. Würden alle Flughäfen, Schleusen, Verkehrsbetriebe, Erzieherinnen, KrankenpflegerInnen, Müllwerker und alle anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gemeinsam bundesweit streiken, dann gäbe es schnell mindestens dreistellige Millionenverluste am Tag. Und die Erfahrung zeigt: wenn es den Mächtigen an den Profit geht, geben sie nach.
3. Die Voraussetzungen für einen Streik im öffentlichen Dienst waren extrem günstig und werden so schnell nicht wieder so günstig sein: sprudelnde Steuereinnahmen, großer Unmut, Wut und Kampfbereitschaft in den Betrieben. Das Eisen muss geschmiedet werden, so lange es heiß ist.
4. Die Mehrheit der Bevölkerung steht hinter den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes steht. Das haben in den letzten Wochen alle Umfragen gezeigt. Die Mehrheit betrachtete unsere Tarifaueinandersetzung als Stellvertreterkampf gegen die da oben. Darauf sollten wir aufbauen. In Stuttgart hatte sich bereits ein Solikomitee zur Streikunterstützung gebildet. Erste Unterstützungsaktionen wurden geplant. Dieses Beispiel hätte bundesweit Schule machen können.
5. Durch die in diesen Tagen begonnenen Streiks bei der Post, den privaten Verkehrsbetrieben, der privaten Müllabfuhr, der Papierindustrie, aufgrund der noch immer laufenden Tarifaueinandersetzung im Einzelhandel, der Tarifrunde bei Telekombetrieben und all den Bereichen mit weit mehr als 7 Millionen Beschäftigten hat ver.di eine historische Chance für eine gemeinsame branchenübergreifende machtvolle Streikbewegung vergeben.
6. Wir müssen endlich Ernst machen müssen mit Gegenwehr und den Herrschenden durch einen Streik die Grenzen ihrer Macht und den arbeitenden Menschen ihre Gegenmacht deutlich machen.

Trotz des bescheidenen Ergebnisses schwören uns die Arbeitgeber bereits Rache. Mit Stellenabbau, Personalkostenkürzungen und Gebührenerhöhungen wollen sie die Lohn-erhöhung kompensieren. Ein machtvoller Streik 2008 hätte das Kräfteverhältnis zu unseren Gunsten verschoben und die Politiker in den Rathäusern und in der Bundesregierung in die Defensive gedrängt. Die Arbeitgeber hätten es viel schwerer, uns unmittelbar nach einem Abschluss erneut anzugreifen bzw. wären in der Defensive bei der Auseinandersetzung um die neue Entgeltordnung. Wir hätten an Kampferfahrung gewonnen, hätten durch den Streik eine neue Schicht von Aktivisten und Vertrauensleuten gewonnen und wären dadurch für die nächsten Konflikte besser aufgestellt. Die Stellvertreterhaltung in den Betrieben würde durch einen Streik ein Stück weit durchbrochen und die Politik des Co-Managements untergraben. Ohne Streikbewegung droht uns, dass die Arbeitgeber sich auf der lokalen und betrieblichen Ebene stark genug fühlen sofort wieder zum Angriff übergehen, viele Betriebs- und Personalräte sich wie bisher erpressen lassen bzw. jede Belegschaft alleine fertig werden

muss, mit den Angriffen auf sie. Durch die Streikvermeidung werden die nächsten Niederlagen und Rückschritte vorprogrammiert. Die akzeptierte Arbeitszeitverlängerung wird weit über den direkten und indirekten öffentlichen Dienst hinaus negative Auswirkungen haben.

Ein Streik im öffentlichen Dienst wäre die optimale Basis für eine politische Kampagne für die Verteidigung der öffentlichen Dienste im Interesse der Nutzer und Beschäftigten gewesen. Wir hätten die Bevölkerung hinter unsere Forderung nach Sprengung der Budgetdeckel für die Krankenhäuser bringen können und so den nötigen politischen Druck aufbauen können, dass die Deckel 2008 fallen. Durch verschiedene Pressemeldungen über patientengefährdende Zustände in Krankenhäusern, durch eigene Erfahrung von Patienten ist die Bevölkerung bereits sensibilisiert. Daran hätten wir anknüpfen und deutlich machen können, dass unser Streik auch im Interesse der Patienten ist. Vor dem Hintergrund, dass 2009 die Umstellungsphase bei den Fallpauschalen abgeschlossen wird, der Gesundheitsfonds eingeführt werden soll und die Krankenhäuser gar keine staatlichen Geldmittel mehr erhalten sollen, ist es höchste Zeit, dass der

Kampf um die Gelder für die Gesundheitsversorgung aufgenommen wird.

Jede Tarifrunde ist ein Verteilungskampf zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern. Im öffentlichen Dienst wird dies verschleiert, da der Staat Arbeitgeber ist. Es ist eine politische Frage, von wem sich der Staat das Geld holt - von den Unternehmern oder von uns. „Zwölf Prozent, ein Jahr Laufzeit“ lautet die Überschrift in „Wirtschaftspolitik aktuell“ des ver.di-Bundesvorstand vom 9. April 2008 über die Explosion der Managergehälter im Jahr 2007. Am Ende heißt es: „Da Appelle an Anstand und Moral nicht fruchten, muss die Politik steuernd eingreifen. Zum Beispiel mit einem Spitzensteuersatz von 80% ab einem Jahreseinkommen von zwei Millionen Euro“. Wir fragen: seit wann sind Appelle an Politiker fruchtbarer als Appelle an Manager? Das einzige Mittel im Kampf für eine Umverteilung zu unseren Gunsten sind offensive Tarifikämpfe. Nur so können Politiker gezwungen werden die Gelder für den öffentlichen Dienst bei den Reichen zu holen. Mit diesem klaren politischen Ziel hätte ein machtvoller Streik geführt werden können.

Netzwerk
für eine kämpferische und demokratische



Das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di hält es nach dieser Tarifrunde für noch dringender, dass sich alle kämpferischen und kritischen ver.di-Mitglieder und auch Nichtmitglieder zusammenschließen, um gemeinsam eine Alternative von unten aufzubauen. Die nächsten Schritte dafür sollen beim nächsten

**bundesweiten Netzwerktreffen
am 24. Mai 2008 in Kassel**

diskutiert werden. Wir rufen alle interessierten Kolleginnen und Kollegen zur Teilnahme auf.

Nähere Informationen auf unserer Homepage im Internet: www.netzwerk-verdi.de

Kontakt: Netzwerkgruppe Stuttgart, stuttgart@netzwerk-verdi.de

V.i.S.d.P.: A. Brandner, Rotweg 55, Remseck

www.netzwerk-verdi.de